Mediendienst

Stuttgart, 20. Dezember 2023

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Hoher: Wolfsrisse nehmen zu, aber die Landesregierung zögert weiter und wartet, bis es zu spät ist

Die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht ist notwendig, um Landwirte und Nutztierhalter zu schützen.

Die heutige Regierungsbefragung hat die FDP/DVP-Fraktion genutzt, das Umweltministerium zu den Auswirkungen der fortschreitenden Ausbreitung des Wolfs im Land und immer dringlicher werdenden Maßnahmen zum Schutz der Weidetierhaltung zu befragen. Der naturschutzpolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Klaus Hoher**, kommentiert die Regierungsbefragung wie folgt:

„Seit mehreren Jahren sieht die Landesregierung tatenlos zu, wie immer mehr Schafe, Ziegen und auch Rinder im Schwarzwald durch Wolfsangriffe getötet oder verletzt werden, oft trotz bestehenden Herdenschutzes. Das zeigt auch das jüngste Beispiel der Rudelangriffe im November. Besonders Rinder müssen stärker vor Wölfen geschützt werden. Entschädigungszahlungen müssen weniger bürokratisch gestaltet werden und greifen leider nicht am Problem selbst. Das Umweltministerium setzt weiterhin auf das Prinzip Hoffnung, anstatt das Wolfsmanagement zügig anzupassen, die Einstufung von Wölfen als Problemwölfe zu vereinfachen und den Wolf in das Schutzmanagement des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes aufzunehmen. Die heutige Meldung der Europäischen Kommission ist jedoch ein positives Signal, endlich die strengen Schutzregeln für Wölfe zu lockern und den Wolf von „streng geschützt" auf ‚geschützt‘ herabzustufen.

Schaut man sich die Umfrageergebnisse zur Meinung der Bevölkerung zur Rückkehr des Wolfes genauer an, zeichnet sich ein differenziertes Bild ab. Die Bevölkerung romantisiert die Rückkehr des Wolfes nicht übertrieben und sieht durchaus auch die Risiken, die sich hierdurch ergeben. Die Auswirkungen nicht nur auf die Weidetierhaltung sind fatal. Geben Weidetierhalter aufgrund der Bedrohung durch den Wolf auf, kann auch unsere wertvolle Kulturlandschaft nicht erhalten werden. Schadenstiftende Wölfe müssen entnommen werden dürfen, doch Grün-Schwarz zögert weiterhin. Es braucht jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement, das die Wolfspopulation auf ein verträgliches Niveau begrenzt und gleichzeitig den Belangen des Artenschutzes sowie dem Schutz von Menschen und Nutztieren Rechnung trägt.

Für uns Freie Demokraten steht fest, dass der Wolf in das Schutzmanagement des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes Baden-Württemberg aufgenommen werden muss, damit schädliche Wölfe schneller, unbürokratischer von fachkundigen Jägern entnommen werden können.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de